

Strausberger Erklärung

des Deutschen Pflegerates e.V.

vom 31.08.2004

Der Deutsche Pflegerat (DPR) e.V., Bundesarbeitsgemeinschaft der Pflegeorganisationen und des Hebammenwesens, empfiehlt die Errichtung von **Pflegekammern auf Landes- und Bundesebene** für die professionell Pflegenden.

Im Rahmen seiner diesjährigen Klausurtagung hat sich der Deutsche Pflegerat e.V. zur Entwicklung von Pflegekammern auf Länder- und Bundesebene klar positioniert.

Damit schließt sich der DPR als pflegepolitische Vertretung auf Bundesebene der politischen Entscheidung an, die Selbstverwaltung auch in Zukunft zu stärken.

Die professionelle Pflege erfährt ihre genuine Eigenständigkeit als Heilberuf, insbesondere durch die

- neuen Ausbildungsgesetze,
- interne und externe Qualitätssicherungsmaßnahmen sowie durch
- spezifische Aufgabenfelder in neuen Organisationsstrukturen.

Hieraus entwickelt sich ein dringender Bedarf zur Entwicklung von Pflegekammern.

Ein erster innovativer Schritt zur eigenständigen Wahrnehmung von berufsständischen Funktionen gelingt mit dem Beschluss, eine bundeseinheitliche zentrale „Freiwillige Registrierung“ für professionell Pflegenden zeitnah umzusetzen.

Mit diesen Entscheidungen werden zukunftsweisende Entwicklungen für die professionelle Pflege in Deutschland eingeleitet.

Berlin im September 2004

Vertreten im DPR sind folgende Verbände:

ADS (Arbeitsgemeinschaft deutscher Schwesternverbände und Pflegeorganisationen e.V.),
BA (Bundesausschuss der Lehrerinnen und Lehrer für Pflegeberufe e. V.)
BALK (Bundesarbeitsgemeinschaft der Leitenden Krankenpflegepersonen e. V.)
BDH (Bund Deutscher Hebammen e. V.)
BeKD (Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland e. V.)
BFLK (Berufsfachvereinigung Leitender Krankenpflegepersonen in der Psychiatrie e. V.)
DBfK (Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e. V.)
DBVA (Deutscher Berufsverband für Altenpflege e. V.)
DGF (Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege e. V.)
DPV (Deutscher Pflegeverband e. V.)
VPU (Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und der Medizinischen Hochschulen Deutschlands e. V.)

17.1.17

Marie-Luise Müller
Präsidentin